

Wir fordern Transparenz und echte Bürgerbeteiligung

Die BI „Saubere Energie“ begrüßt ausdrücklich die Bemühungen der Bundesregierung, die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien schneller voranzubringen. Dazu gehört selbstverständlich auch ein Aus- und Umbau der bestehenden Netze in der Bundesrepublik, den wir akzeptieren müssen. Akzeptieren müssen heißt aber nicht, jede Planung unkritisch zu bejahen und sich stillschweigend in sein Schicksal zu ergeben. Akzeptieren müssen heißt vielmehr, das Beste aus einem notwendigen Übel zu machen.

Die Messlatte für uns als Klimaschützer ist der Beitrag des Netzausbaus zum Umbau der Energiewirtschaft für eine umwelt- und klimafreundliche Produktionsweise. Als Bürgerinitiative fordern wir zudem, die Einwirkungen für die Betroffenen so gering wie möglich zu halten. Und wenn keine höherwertigen allgemeinen Erfordernisse gegeben sind, stehen die Wünsche der Betroffenen vor den Wünschen der Netzbetreiber.

Inhalt

I. Zustimmung zum Netz soll nicht Ausbau von Großkraftwerken nach sich ziehen	1
II. Lokale Beschlüsse gegen Großkraftwerke sind erforderlich	2
III. Netzausbau warum? – Weil es so im Gesetz steht??	2
IV. Netzausbau warum? - Weil Ausbau der Stromnetze erforderlich ist, aber mit Plan.....	3
V. Solidarität wird gefordert - Solidarität mit wem?	4
VI. Öffentlichkeitsbeteiligung – Sollte jedem Beteiligten so einfach wie möglich gemacht werden...	6
VII. TenneT - Werbung und Wirklichkeit	6
VIII. Kernforderung	7

I. Zustimmung zum Netz soll nicht Ausbau von Großkraftwerken nach sich ziehen

1. Das Wissen um den notwendigen Netzausbau –und Umbau und die Zustimmung zu diesen Maßnahmen ist nach Umfragen bei einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gegeben. Diese Zustimmung gilt aber nur dann, wenn der Netzausbau tatsächlich dem Ausbau der erneuerbaren Energien dient. Eine neue Leitung, die begründet wird mit dem Neubau von Großkraftwerken, kann keine Akzeptanz finden!
2. In den vorgelegten Unterlagen im Rahmen des Raumordnungsverfahrens wird als wesentlicher Grund für den Netzausbau der Anschluss von Offshore Windparks genannt. Dort steht aber auch, der Ausbau soll " zukünftig als Anschlusspunkt des ausgewiesenen Großkraftwerks in Dörpen dienen."¹ Die Befürchtung, dass das Netz auch den vorhandenen und geplanten Großkraftwerken in Eemshaven Niederlande dienen soll, wurde von dem Netzbetreiber TenneT bei der Veranstaltung in Heede nicht ausdrücklich dementiert.
3. Wir befürchten, dass umgekehrt später die neue Leitung als Begründung für ein Großkraftwerk genutzt wird. Diese Befürchtung kann zerstreut werden, wenn entsprechende politische Beschlüsse gefasst werden, die dies verhindern.

¹ Bd_A_01_Erläuterungsbericht_und_allg_verstaendliche_Zusammenfassung S. 14

II. Lokale Beschlüsse gegen Großkraftwerke sind erforderlich

1. Bernd Busemann hat mit seiner Aussage "Ein Kohlekraftwerk in Dörpen wird es mit der emsländischen CDU nicht geben."² einen Anfang gemacht.
2. Damit die Bürger dieser Aussage wirklich glauben schenken können, gehört eine klare Entscheidung des Kreistages – Absage an ein Großkraftwerk Dörpen – dazu.
3. Wer die Möglichkeiten hat, das Land Niedersachsen zur Ausweisung des Standortes Dörpen im Landesraumordnungsprogramm zu bewegen, sollte auch Möglichkeiten haben, das Land zur Streichung des Standortes zu bewegen. Die niedersächsische Regierung hat sich aktuell wieder klar zum Ausbau erneuerbarer Energien bekannt. Großkraftwerke alten Stils passen nicht in das auf Erneuerbare ausgerichtete Energiekonzept.
4. Dem Standort Dörpen würde die Streichung des Großkraftwerks-Standortes ebenfalls gut tun, bindet doch die Standortausweisung große Flächen im Gewerbegebiet. Die Gemeinde Dörpen muss endlich das immer noch offene Bebauungsplanverfahren zum Abschluss bringen, mit einer eindeutigen Stellungnahme gegen ein Großkraftwerk.

III. Netzausbau warum? – Weil es so im Gesetz steht??

1. Die jetzt vorhandenen Übertragungsnetze sind auf die althergebrachte Form der Energieerzeugung ausgerichtet. Die Stromerzeugung geschieht an wenigen Standorten zum Teil weit entfernt vom Abnehmer. Wird mehr Strom gebraucht, werden mehr Netze benötigt. Je mehr Netze bestehen, umso mehr Verluste fallen an durch den Transport. Unmengen Strom gehen allein auf diese Weise verloren. Dies ist einer der Nachteile einer nur auf Großkraftwerke ausgerichteten Stromerzeugung. Nach den Angaben von TenneT entstanden im letzten Jahr nur allein in den Niederlanden "Netzverluste" von 525 GWh, dieser Strom würde für 176.000 Haushalte ausreichen.³ Drehstromnetze, die speziell für hohe Spannungen ausgelegt sind, haben Leitungsverluste von etwa 15 Prozent auf 1.000 Kilometern.⁴
2. In der Informationsveranstaltung in Heede wurde zur Begründung der Leitung die Netzstudie der DENA erwähnt. Die DENA ist eine halbstaatliche Organisation, die in den Netzstudien I und II einen Neubau von inzwischen 3.600 km neuen Stromleitungen für nötig erachtet. Die DENA-Zahlen sind in hohem Maß umstritten.⁵ Zum einen basieren die Berechnungen in weiten Teilen auf dem alten Konzept der zentralen Großkraftwerksstruktur. Zum anderen hat die DENA ihre Zahlengrundlagen nicht offen gelegt.
3. Gleichwohl wurden die DENA-Feststellungen als Grundlage für das EnLAG (Energieleitungsausbaugesetz)⁶ genommen. Im EnLAG wird auch die Leitung Diele-Niederrhein als notwendig beschrieben. Somit werden Zahlen aus dem Jahr 2005 aus einer Zeit weit vor dem Fukushima-Störfall und dessen politischen Folgen zur Grundlage für riesige Investitionen gemacht. Feststellungen der DENA, die weder transparent noch den aktuellen Situation angepasst sind, haben Gesetzesstatus erhalten.
4. Wie veraltet einige Grundannahmen sind, zeigt sich auch bei den Ausbaugründen, die das Land Niedersachsen nennt. Netzausbaugründe sind danach neue Kohlekraftwerke in Stade, Emden, Dörpen.⁷ Die Kohlepläne in Emden und Dörpen wurden abgesagt und bleiben es hoffentlich auch, in Stade ist bei zwei Kraftwerken der Bau nach wie vor unklar, das dritte Kohlekraftwerk wurde ebenfalls abgesagt.

² EZ 29.04.2011

³ http://annualreport.tennet.eu/annual-report-2010/aDU1005_Highlights-2010.aspx

⁴ http://www.energieverbraucher.de/de/Energiebezug/Strom/Stromwirtschaft/Stromnetz__1335/

⁵ u. a. hier http://www.greenpeace.de/themen/energie/energiepolitik/artikel/das_maerchen_von_der_stromluecke/

⁶ <http://www.gesetze-im-internet.de/enlag/index.html>

⁷ <http://www.netzausbau-niedersachsen.de/ausbaugruende/index.html>

5. Der BUND nimmt zu den Festschreibung im EnLAG wie folgt Stellung⁸: Der Bedarf für jede 380 kV-Leitung muss weiter hinterfragt werden. Die pauschale gleichzeitige Bedarfsfeststellung von 24 (!) 380-kV-Leitungen durch den Bundestag im Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) ersetzt keine detaillierte Bedarfsprüfung.
6. Es heißt aber auch in dem BUND-Papier: Rein rechtlich besteht also „im Prinzip“ kaum eine Möglichkeit ein Verfahren aufzuhalten. Dies entbindet aber die Netzbetreiber nicht von ihrer Verpflichtung "eine vollständige öffentliche Transparenz der Planunterlagen" herzustellen. Bislang praktisch unüblich ist die bei Stromleitungsplanungen geforderte Offenlegung der Lastflussdaten (Ist- und Prognosedaten) und zwar nicht nur des Netzes des Antragstellers, sondern auch der verbundenen Netze, damit von unabhängiger Seite nachgerechnet werden kann. Ein Bezug auf Studien der DENA, die weitgehend hinter verschlossenen Türen interessenorientiert erstellt wurden, reicht hier nicht aus, ebenso wenig, wie der Verweis, dass mit dem EnLAG ein „Bedarf“ definiert worden sei. Der BUND fordert: Die Verfahren müssen ergebnisoffen sein! Die Geheimhaltung der Lastflussdaten mit Hinweis auf Datenschutz („Geschäftsgeheimnisse“) kann nicht gelten, da im öffentlichen Interesse gebaut werden soll. Erst durch die Veröffentlichung dieser Lastflussdaten wird klargestellt, wofür die Leitung wirklich genutzt wird.
7. Für eine optimierte Netzentwicklung sind integrierte Netzberechnungen über alle Spannungsebenen und für alle Bundesländer auf der Basis von Ausbauzielen und Ausbauszenarien notwendig. Nicht in allen Fällen ist es möglich, erforderliche Netzverstärkungen oder den Ausbau von Netzen eindeutig dem Zubau von EE, der Errichtung neuer fossiler Kraftwerke oder dem Stromhandel zuzuordnen. Doch wo es möglich ist, soll dies – wie zum Beispiel in der Netzstudie Mecklenburg-Vorpommern – geschehen, um gegenüber der Öffentlichkeit Transparenz zu schaffen. In Fällen, in denen nachweisbar der Zubau EE den Netzausbau erforderlich macht, kann mit höherer Akzeptanz gerechnet werden.⁹ Diese Sätze sind einer Publikation der DUH (Deutsche Umwelthilfe) entnommen. Die DUH hat ein Forum Netzintegration abgehalten, in dem Planer, Netzbetreiber, Bürgerinitiativen, Umweltschutzorganisationen, Stromerzeuger miteinander gesprochen und sich auf viele gemeinsame Kernforderungen geeinigt haben.
8. In dem daraus entwickelten Plan_N sind viele Informationen in Bezug auf Netzausbau, Netzausbau, den bestehenden Möglichkeiten usw. enthalten. Auch Vertreter von TenneT haben an diesem Forum teilgenommen, leider aber wohl vieles von dem vergessen, was dort vereinbart wurde.

IV. Netzausbau warum? - Weil Ausbau der Stromnetze erforderlich ist, aber mit Plan.

1. Werner Brinker, Chef der EWE hat in einem Interview folgendes gesagt: „Eine Überlastung der Netze ist gefährlich. Und vorhandene Energie – zum Beispiel eine steife Brise – nicht zu nutzen, ist dumm. Es braucht also eine intelligente Alternative. Der Schlüssel liegt im Umbau der Energiesysteme auf Verteilnetzebene: Dezentrale erneuerbare Anlagen, die in virtuellen Kraftwerken gebündelt werden, erzeugen den Strom gemeinsam mit effizienten, schnell regelbaren konventionellen Anlagen. Energiemanagementsysteme für Haushalte und Betriebe nutzen Energie, wenn sie reichlich vorhanden ist und sparen, wenn das Angebot zurückgeht. Mit einer solchen intelligenten Vernetzung können Erzeugung und Verbrauch einen guten Teil der Schwankungen erneuerbarer Energien abfedern. Gegenüber einem Netzausbau nach Gießkannenprinzip ist das nicht nur effizienter, sondern auch nachhaltiger, weil keine Energie verschwendet wird.“¹⁰ Die von dem EWE Chef geäußerte Meinung wird von vielen geteilt.

⁸ <http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/klima/>

20101005_klima_energie_erneuerbare_energien_stromspeicherung_stellungnahme.pdf

⁹ http://www.forum-netzintegration.de/uploads/media/PLAN_N_final_04012011_02.pdf

¹⁰ <http://www.klimaretter.info/kolumnen/kolumne-ueberraschung/8455-atom-ausstieg-enbw-wind-und-erderwaermung>

2. Entsprechend auch Matthias Willenbacher von JUWI, einem Dienstleister im Energiebereich. "Was wir jetzt brauchen ist ein forciertes Ausbau von dezentralen regenerativen Kraftwerken, das geht schneller als zentrale Offshore-Windparks im Meer und Solarkraftwerke in der Wüste. Und billiger ist es auch. Schon 2012 wird der Solarstrom von der Freifläche günstiger sein als der Windstrom aus der Nordsee. ... Wer Windenergie im Binnenland schlecht redet, um Offshore-Parks und damit die Großkonzerne zu protegieren, kann keine Akzeptanz erwarten. Akzeptanz gibt es nur, wenn den Menschen vermittelt wird, dass Windräder in ihrer Region sinnvoll und gut für sie sind. Dass die Anlagen nicht nur Wertschöpfung und saubere Energie bringen, sondern auch günstigen Strom, den die Menschen vor Ort direkt aus „ihren“ Anlagen beziehen können."¹¹ Bei der Klimakonferenz des Landkreises Emsland im letzten Jahr war Staatssekretär Jürgen Becker zu Gast. In seinem sehr interessanten Vortrag hat er u. a. die Aussage getätigt, dass die Zeit für Großkraftwerke abgelaufen ist. Stattdessen favorisiert er flexible kleine Einheiten nahe den Verbrauchsstandorten, wenn eben möglich mit Kraft-Wärme-Kopplung. Und er plädiert ausdrücklich für den Ausbau erneuerbarer Energien.¹²
3. Fazit ist somit: Ein Umbau der Energieerzeugung erfordert eine andere Netzstruktur. Dezentraler Ausbau heißt gute Netzverbindungen, aber erfordert wesentlich weniger Stromautobahnen in Form von hunderten Kilometern neuer Höchstspannungsleitungen. Diese neue Netzstruktur kann aber nicht auf der Basis veralteter Zahlen und Szenarien geschaffen werden. Es braucht somit ein neues EnLAG. Bis dahin, ist die Notwendigkeit jeder einzelnen Leitung zu prüfen.

V. Solidarität wird gefordert - Solidarität mit wem?

1. Ein Zitat aus der Werbebroschüre von Tennet: " Aufgrund der günstigen Windbedingungen werden Windenergieanlagen vor allem in den norddeutschen Küstenregionen und auf See (offshore) errichtet. Bereits heute erzeugen sie bei starkem Wind bei weitem mehr Strom als in Norddeutschland verbraucht wird. Zusätzlich ist die Errichtung neuer thermischer Kraftwerke mit mehreren Tausend Megawatt Gesamtleistung geplant. Für den notwendigen Abtransport des vor Ort überschüssigen Stroms in die verbrauchsstarken Gebiete im Süden ist das Übertragungsnetz jedoch derzeit nicht ausgelegt."¹³
2. Neben dem Verweis auf den Neubau thermischer (fossiler) Kraftwerke, der bei der Informationsveranstaltung in Heede verschwiegen wurde, sagt TenneT genau das, was viele vom Netzausbau Betroffene verärgert. Der hier und in den Küstenregionen erzeugte Strom wird hier nicht benötigt, sondern dient der Versorgung insbesondere der südlichen Bundesländer.
3. Der Bau von Hochspannungsleitungen ist auch deshalb konflikträchtig, weil die Beeinträchtigungen für Anwohner und die Eingriffe in Natur und Landschaft nicht durch einen direkten Nutzen für die Region oder einen persönlichen Nutzen ausgeglichen werden können.¹⁴
4. Von den Emsländern wird ein hohes Maß an Solidarität verlangt, sollen sie doch erhebliche Nachteile in Kauf nehmen. Die Bundesländer im Süden lassen es dagegen an Solidarität fehlen. Es wurde versucht, die Umlage der Erdkabel-Mehrkosten auf alle Stromkunden zu verhindern; im Punkt Atommüllendlagerung lässt nur Baden Württemberg jetzt ein Einlenken erkennen, Bayern bedient sich nach wie vor des St Florians Prinzips „nur nicht bei uns“. Die, im Übrigen aus Klimaschutzsicht sinnlose, Endlagerung von CO₂ soll selbstverständlich in Niedersachsen und Schleswig Holstein stattfinden; beide Landesregierungen mussten sich in zähen Verhandlungen mit einer (immer noch lückenhaften) Länderklausel gegen Bundesregierung und andere Bundesländer durchsetzen.

¹¹ <http://www.klimaretter.info/kolumnen/kolumne-ueberraschung/8611-dezentrale-energie-atopolitische-richtungswechsel-und-windenergie>

¹² http://www.emsland.de/player/player.php?src=klimakonferenz_02.flv

¹³ http://www.tennetso.de/pages/tennetso-netzausbau_de/Projekte/Doerpen_West_-_Niederrhein/Verfahrensstand/Broschuere_DoerpenWest_Niederrhein_final.pdf

¹⁴ 2011 Sondergutachten SRU 100% erneuerbare S. 538

5. Die trotz aller Widrigkeiten vorhandene Bereitschaft zur Solidarität der Emsländer sollte nicht überstrapaziert werden.
6. Strom aus erneuerbaren Energien hat im Netz Vorrang vor Strom aus Kohle- und Atomkraftwerken. Bei Netzüberlastung müssen daher zuerst diese thermischen Kraftwerke abgeschaltet werden. In der Begründung des Antragstellers TenneT zum Netzbau wird darauf verwiesen, dass fehlende Netze, also eine Einspeiseeinschränkung, eine wirtschaftliche Entwertung dieser Kraftwerke zur Folge hätten.¹⁵ Die ebenfalls vorhandene wirtschaftliche Belastung der betroffenen Anwohner steht dem gegenüber, wird jedoch nicht erwähnt und dem Konto Solidarität gutgeschrieben.
7. In der Pressemitteilung zur Bilanzpressekonferenz vom 5.5.2011 finden sich folgende Sätze: „Ein Regulierungsrahmen, der es TenneT ermöglicht, einen angemessenen Ertrag für unsere Geldgeber zu erreichen, ist jedoch unbedingt erforderlich für alle zukünftigen Investitionen. Dies wird in den Niederlanden zunehmend schwierig. Auch in Deutschland führen wir intensive Gespräche mit der Bundesnetzagentur, um für unsere zukünftigen Investitionen eine angemessene Rendite zu sichern. TenneT wird die Gespräche mit den zuständigen Behörden fortsetzen, während wir daran arbeiten, ein effizientes und leistungsfähiges Netzwerk mit dem geringst möglichen Kostenaufwand aufzubauen.“¹⁶ Es ist das gute Recht jedes Unternehmens möglichst hohe Rendite zu erzielen. Es ist aber auch das gute Recht eines jeden vom Netzausbau Betroffenen einzufordern, dass die Belastungen für ihn so gering wie möglich sind, auch wenn das zu Lasten der Renditen der Firma TenneT geht.
8. Im EnLAG wird die Trasse Diele-Niederrhein als Pilotvorhaben zum Einsatz von Erdkabeln festgelegt. Hat die Trasse weniger als 400 m Abstand zu Wohngebäuden in Siedlungen oder weniger als 200 m Abstand zu Wohngebäuden im Außenbereich kann eine Erdverkabelung vorgeschrieben werden. Die Mehrkosten der Erdverkabelung werden auf die Strompreise im gesamten Bundesgebiet umgelegt.¹⁷ Würden bei allen im EnLAG aufgeführten Stromtrassen von ca. 600 km Länge 25% als Erdkabel ausgeführt, würde dies zu Mehrkosten pro Haushalt von ca. 6 Cent im Jahr führen.¹⁸
9. Auf die Frage nach möglicher Erdverkabelung haben die TenneT Vertreter in Heede ausweichend geantwortet, bzw. auf das nachfolgende Verfahren verwiesen. Die Firma hat aus den bisherigen Verfahren in Niedersachsen und auch aus dem Forum der DUH offensichtlich nicht gelernt, dass diese Frage die Menschen bewegt und dass sie frühzeitig konkrete Antworten möchten und diese Antworten ihnen auch zustehen.
10. Es wurde nur auf die hohen Kosten der Erdverkabelung verwiesen, dabei vom höchstmöglichen Wert ausgegangen (7-fache Kosten). Selbst in den Planunterlagen wird nur von 4-fach höheren Gesamtkosten gesprochen. Dazu eine Aussage aus der aktuellen Stunde im Landtag Niedersachsen vom 16.2.2011: "Deswegen ist es absolut inakzeptabel, dass von den Netzbetreibern Behauptungen zu Netzausbaukosten in Umlauf gebracht werden, die sich bei näherer Betrachtung als völlig neben der Spur herausstellen. Da haben auch die Netzausbau-betreiber eine Verantwortung, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren und sachliche Zahlen vorzulegen, damit Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern erreicht wird. -Jan-Christoph Oetjen (FDP)¹⁹
11. Im Zusammenhang mit der TenneT Aussage, -Strom wird nicht hier gebraucht und muss in den Süden transportiert werden-, stellt sich auch die Frage, warum der von den Offshore Windparks erzeugte Strom nicht direkt per HGÜ Erdkabel bis in den Süden weitergeleitet

¹⁵ Bd_A_01_Erlaeuterungsbericht_und_allg_verstaendliche_Zusammenfassung S. 14 und 16

¹⁶ http://www.tennetso.de/pages/tennetso_de/Presse/Pressemitteilungen/Aktuell/Pressemitteilung.htm?id=1456590

¹⁷ http://www.gesetze-im-internet.de/enlag/_2.html

¹⁸ <http://www.netzausbau-niedersachsen.de/downloads/20110412-restriktions-und-potenzialanalyse-net.pdf> S. 20

¹⁹ <http://www.netzausbau-niedersachsen.de/downloads/20110216-landtag---aktuelle-stunde.pdf>

wird. Eine verlustreiche Umwandlung in Heede wäre nicht erforderlich, der Bau einer Freileitung könnte entfallen.

VI. Öffentlichkeitsbeteiligung – Sollte jedem Beteiligten so einfach wie möglich gemacht werden

1. Um mit Heiner Geißlers Worten zu sprechen: "Das versteht ja kein Mensch." Diesen Kommentar hätte Heiner Geißler wahrscheinlich auch angesichts des "Erläuterungsbericht(s) und allgemein verständliche Zusammenfassung" ²⁰ gebracht. Allgemein verständlich ist dieser Bericht wohl nur für Kenner der Materie. Die Überschrift lässt den Leser im Glauben irgendwo auf 154 Seiten eine allgemein verständliche Zusammenfassung zu finden, leider Fehlanzeige. Hinter der angekündigten Zusammenfassung verbirgt sich nur die gesetzlich geforderte Zusammenfassung der Umweltverträglichkeitsprüfung. Ob die wirklich "allgemein verständlich" ist, mag jeder Leser für sich selbst entscheiden.
2. Bei den zur Verfügung stehenden Software-Möglichkeiten sollte es möglich sein, ein ortsbezogenes Inhaltsverzeichnis zu allen relevanten Daten zu erstellen und Hinweise auf andere Dokumente zu verlinken. Einem interessierten Laien ist es kaum zuzumuten sich aus einem Datenumfang von 250 MB die für ihn interessanten Details herauszusuchen um eine Stellungnahme im Verfahren abzugeben.
3. Wie man Information auch anbieten kann, dass könnten sich die "Vorhabensträger" bei ihren Kollegen in Schweden anschauen. Hier wird der Öffentlichkeit im Punkt Netzausbau eine Fülle von ortsbezogener Information geboten, incl. der Wortprotokolle zu den durchgeführten Informationsveranstaltungen und Kontaktadressen. ²¹
4. Es darf nicht sein, dass sich Betroffene nur allein deshalb nicht äußern, weil sie von den vorgelegten Unterlagen schier erschlagen werden. Die Firma Tennet muss kompetente Personen benennen, die jederzeit erreichbar sind und per Telefon, per Mail oder auch im persönlichen Gespräch Erklärungen geben und Fragen beantworten. Genauso sollte der Landkreis Emsland als Verfahrensführer Kontaktpersonen benennen. Insbesondere auch unseren älteren Mitbürgern sollte es dadurch erleichtert werden, sich ebenfalls am Verfahren zu beteiligen.

VII. TenneT - Sollte Transparenz wirklich groß schreiben – nicht nur in der Werbung.

1. In einer Pressemitteilung vom 29.4.2011 die überschrieben ist mit "Transparenz wird groß geschrieben" heißt es " Um den Bürgern in der Region das Projekt transparent darzustellen und mit ihnen in Dialog zu treten, bieten die Vorhabenträger in einem ersten Schritt insgesamt vier Informationsveranstaltungen an." ²² Die Informationsveranstaltung von TenneT in Heede kann nach diesen Vorgaben getrost als misslungen bezeichnet werden.
2. Die Präsentation zum Netz in Heede mit einer fehlerhaften Information zu beginnen, nämlich als Begründung nur die Offshore Windparks zu benennen, die in der schriftlichen Begründung enthaltene Anbindung eines Großkraftwerks aber zu verschweigen, war ganz schlechter Stil. Das Vorwort in der Werbebroschüre ist da schon ehrlicher, doch der erste Eindruck ist entscheidend und der war nicht gut. Es wurden Trassen vorgeführt, aber alles machte den Eindruck: Hier ist schon alles entschieden! Kein Wort zu möglichen Alternativen. Kein Wort dazu, warum gerade diese Variante ausgewählt wurde. Von vorneherein wurde die offene Fragezeit auf eine halbe Stunde begrenzt, viel deutlicher kann man nicht machen, dass eigentlich kein Interesse am Dialog besteht. Fragende wurden rüde und unhöflich unterbrochen und zu rechtgewiesen.
3. Zur Zeit wird viel darüber gesprochen auch Bahntrassen für den Netzausbau zu nutzen, ist z. B. diese Alternative überhaupt geprüft worden? Ab etwa 2020 werden Netzkapazitäten frei, da auch das AKW Lingen vom Netz gehen wird, ist dies schon berücksichtigt? Welche

²⁰ http://www.entera-online3.de/067_rov_doerpen_niederrhein/php/frames/index.php

²¹ <http://www.svk.se>

²² http://www.tennetso.de/pages/tennetso_de/Presse/Pressemitteilungen/Aktuell/Pressemitteilung.htm?id=1456092

Trassenführung haben die Gemeinden in den Vorgesprächen vorgeschlagen und wurde von diesen Vorschlägen mit welcher Begründung abgewichen?

4. Zur Verantwortung der Netzbetreiber gehört es auch, die Sorgen vor gesundheitlichen Gefahren ernst zu nehmen. Im Bundes-Immissionsschutzgesetz sind Grenzwerte genannt, die bei Errichtung von Freileitungen einzuhalten sind, selbst in den Antragsunterlagen werden mögliche gesundheitliche Gefahren benannt und beschrieben. Kein Wort dazu von den Firmenvertretern in Heede, auch kein Wort dazu, dass in Nachbarländern wesentlich strengere Vorsorgewerte gelten. TenneT hat neuartige Strommasten (Wintrack Pylon) entwickelt, die den Elektrosmog wesentlich vermindern. Werden diese Masten für die Trasse eingesetzt?
5. Zum Punkt Gefahren gehört auch etwas, was sich kaum jemand vorstellen mag. Durch Wetereneinflüsse, z. B. starken Sturm brechen Masten zusammen. Dem starken Sturm im letzten Sommer sind in den Niederlanden 5 Masten zum Opfer gefallen, sie haben dem Sturm nicht standgehalten. Nach Angaben von TenneT sind die Mastanlagen auf eine Windgeschwindigkeit 180 km/h ausgelegt; der Sturm erreichte Spitzen von 200 km/h.²³ Ähnlich wie in Japan hat sich die Natur nicht an die von Ingenieuren erdachten Höchstbelastungen gehalten, im Fall des Mastbruchs in den Niederlanden zum Glück nicht mit den verheerenden Folgen wie in Japan. Nach Ansicht der Münchner Rück ist mit einer Häufung von Extremwetterereignissen, vor allem bedingt durch den Klimawandel für die nächsten Jahrzehnte zu rechnen.²⁴
6. Wir fordern TenneT auf, eine weitere Informationsveranstaltung anzubieten, auf der jede Frage ernst genommen wird und auch kritische Anmerkungen zugelassen werden, Alternativen aufgezeigt werden und wo alle Fragen die gestellt werden vollständig und richtig beantwortet werden.

VIII. Kernforderungen

1. Der Landkreis Emsland und die Gemeinde Dörpen müssen sicherstellen, dass kein Kohlekraftwerk in Dörpen gebaut werden kann durch Beschluss eines Bebauungsplanes, der die Verbrennung von Kohle nicht zulässt, durch die Festlegung eines Brennstoffes in Regionalen Raumordnungsprogramm und durch Bemühungen, den Großkraftwerksstandort Dörpen im Landesraumordnungsprogramm streichen zu lassen.
2. Es ist sicherzustellen, dass die neue Leitung nicht zur Rechtfertigung für weitere Kraftwerksbauten im Küstenraum und den Niederlanden wird. Insbesondere darf die Leitung nicht für ein geplantes Atomkraftwerk in Eemshaven genutzt werden. Der tatsächliche Bedarf für die Leitung ist nachzuweisen.
3. Nur durch volle Transparenz kann die Zustimmung der Bevölkerung zu einem Netzausbau erreicht werden. Wenn TenneT in der überheblichen Art und Weise wie in Heede auftritt und versucht, der Bevölkerung eine Planung überzustülpen, dann hat diese Firma aus Stuttgart 21 nichts gelernt.
4. Sowohl das Umweltbundesamt als auch Betroffene rufen dazu auf, die Entscheidung über die Verkabelung der Trassen nicht auf eine technisch-wirtschaftliche Dimension zu reduzieren, sondern Naturschutz- und Akzeptanzfragen eine gleichwertige Bedeutung beizumessen.²⁵ Es sind schon jetzt verbindliche Aussagen zu treffen, in welchem Umfang eine Erdverkabelung realisiert werden soll.
5. Benennung von Ansprechpartnern durch die Firma TenneT und von Seiten des Landkreises.
6. Es wird bereits von einer weiteren nötigen Leitung gesprochen. Der tatsächliche Bedarf ist durch entsprechende Daten nachzuweisen und die vorgesehene Trassenführung ist frühzeitig offenzulegen.

²³ http://annualreport.tenneT.eu/annual-report-2010/aDU1005_Highlights-2010.aspx

²⁴ http://www.munichre.com/de/media_relations/press_releases/2010/2010_06_08_press_release.aspx

²⁵ 2011 SRU Sondergutachten S. 557